



der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg



7. Jahrgang / Ausgabe 39 - Nr. 1 / 2018

www.die-linke-nwm.de

Nichts ist so gut, dass es nicht besser gemacht werden kann



Horst Krumpfen
Bürgermeisterkandidat DIE LINKE für Wismar

DIE LINKE.

15. April 2018

Liebe Genossinnen und Genossen, am 15. April stelle ich der Wahl als Bürgermeister der Hansestadt Wismar. Unser Stadtverband hat mich bei seiner Mitgliederversammlung einstimmig nominiert und der Wahlausschuss der Stadt hat meine Kandidatur für rechtmäßig befunden.

In den nächsten Wochen werden wir gemeinsam um jede Stimme in der Stadt kämpfen. Dabei ist für mich wichtig: Wir kämpfen gemeinsam für unsere Stadt Wismar, damit diese Stadt 28 Jahre nach der Wende die Segel symbolisch noch einmal neu setzen kann und den bisherigen guten Kurs noch verbessert.

Unsere Fraktion in der Bürgerschaft handelt pragmatisch zum

Wohle der Stadt aus LINKER Sicht. Dabei haben wir in der Vergangenheit mit dem amtierenden Bürgermeister oft gute Kompromisse gefunden. Kommunalpolitik ist Politik, die sich am Machbaren orientiert und ideologische Einfärbungen sollten dabei nur in Nuancen möglich sein. Und dennoch bin ich zusammen mit unserer Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft und dem Stadtverband überzeugt, in manchen Bereichen geht es besser als bisher. Ich bin kein Verwaltungsbeamter, das stimmt, aber ich habe in mehr als 20 Jahren beruflicher Selbständigkeit gelernt, neue Wege zu gehen und dafür immer wieder aufs Neue Verbündete zu suchen. Die dabei erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen, auch die anderer Bun-

desländer möchte ich gerne in die Arbeit als Bürgermeister einbringen. Meine konkrete Anliegen sind:

Mehr Bürgerbeteiligung als bisher: z.B. bei der frühzeitige Einbeziehung von Anwohnern und Anliegern bei anstehenden Baumaßnahmen, um auch deren Rat und die Sorgen und Nöte der Menschen stärker berücksichtigen zu können. Auch große Projekte wie beispielsweise dringend notwendige Änderungen im Öffentlichen Personennahverkehr müssen unter Beteiligung der Wismarer Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

Baustellenkoordination: Dieses bedeutet, für jedes größere Bauvorhaben der Stadt muss eine befristete Stelle für die Koordination der Baustellen geschaffen werden, um einen klaren Ansprechpartner mit direktem Zugang zur Verwaltung zu haben, der in der Lage ist auch kurzfristige Dinge zu ändern, die die Menschen im laufen Baustellenbetrieb stören.

Umstellung der Fahrpreise im ÖPNV: stufenweise Einführung von Sozialtickets bis hin zu einem kostenlosen Nahverkehr für alle Menschen in der Stadt, das entlastet das Welterbe, entspannt die Parkplatzsituation, ist sozial ge-

recht und kann zu einer stärkeren Belebung der Innenstadt führen.

Bezahlbare Wohnungen für alle: Baugebiete, die auf Flächen ausgewiesen werden, die der Stadt oder städtischen Gesellschaften gehören, müssen eine soziale Komponente für junge Familien und einen hohen Grad an Barrierefreiheit enthalten. Eine festzulegende Anzahl dieser Wohnungen soll dann zu einem günstigeren Preis an Familien mit Kindern und Menschen mit einer Behinderung verkauft werden.

Belebung der Innenstadt: Der Schließung von Geschäften im Innenstadtbereich muss entgegen gewirkt werden. Die Gestaltung der Stadt muss auf den Prüfstand. Gleichmacherei führt zum Verlust, der bei vielen Einheimischen und Touristen geschätzten Individualität. Die City-Initiative der Stadt Wismar muss neu überarbeitet und der Austausch der Verwaltung mit Gewerbetreibenden muss verbessert werden. Hier wird nach einem Kassensturz zu prüfen sein, ob eine solche Stelle, die es beispielsweise in Schwerin gibt, beim Büro des Bürgermeisters angesiedelt werden kann.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Symbolisch griff unser Bürgermeisterkandidat Horst Krumpfen am Sonnabend nach dem Kreisparteitag zum Hammer und befestigte seine Ziele zur Bürgermeisterwahl - unter der Überschrift "Sieben auf einen Streich" - an der Rathausür.

Veranstaltungstipp

Diskussion/Vortrag

Marx als Chefredakteur der Neuen Rheinischen Zeitung.

Entdeckungen – Legenden – Wirkungen

Treff im Lindengarten

Bauhofstr. 17

23966 Wismar

28.03.2018, 19:00 - 21:00 Uhr



(Fortsetzung von Seite 1)

Entwicklung der Stadt Wismar in ihrer Ganzheit: Die Stadt besteht nicht nur aus dem touristischen „Wohnzimmer Altstadt“ sondern aus allen Stadtteilen: Deshalb bedarf es eines 24-Stunden Online-Beschwerdemanagements - angesiedelt beim Bürgermeister - um schneller auf Missstände reagieren zu können.

Mehr Ordnung in der Stadt: Das Ordnungsamt muss aufgewertet werden um zukünftig auch Ordnungswidrigkeiten verfolgen zu können, wie beispielsweise Hundehaufen, die nicht von den Hundehaltern beseitigt werden oder rücksichtslose Radfahrer, die auf Gehwegen fahren und Fußgänger gefährden, entsprechend ahnden zu können.

Ich bin davon überzeugt, als neuer Bürgermeister für Wismar die eine oder andere Idee auf den Weg bringen zu können, für die ich mir dann, anders als bisher, immer wieder neue Verbündete suchen muss. Wir stellen als LINKE die drittstärkste Fraktion in der Bürgerschaft und werden deshalb je nach Anliegen gemeinsam Diskussionsprozesse anstoßen müssen, um ausgetretene Pfade verlassen zu können und neue Wege zu finden.

Die BO Grevesmühlen stellt sich vor

Die Mitglieder unserer Basisorganisation kommen überwiegend aus der Stadt Grevesmühlen sowie aus den Gemeinden Plüschow, Stepenitztal und Wölshendorf.

Nelken im Stadtgebiet verteilen, um so mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Weitere Info-Stände werden wir zu aktuellen Themen im April und im Juni durchführen.



Wir unterstützten im Februar die Kampagne der Landtagsfraktion „Gegen soziale Kälte“ mit Infoständen beim Arbeitslosenverband und der ARGE

Wir sind 37 Mitglieder und wir haben ein Durchschnittsalter von 69 Jahren. Wir sind also eine gestandene Gemeinschaft, aber eine, auf die der Begriff „Unruhestand“ durchaus zutrifft. Wir haben 2017 einen sehr aufwendigen und engagierten Wahlkampf geführt und hoffen diesen Schwung bis in das Jahr 2019 zu den Kommunalwahlen zu behalten.

Um bis dahin nicht aus der Übung zu kommen, haben wir uns für dieses Jahr einiges vorgenommen. Zum 8. März werden wir wieder

Wir wollen den 1. Mai wieder zu einer Tradition machen und planen daher auf dem Markt in Grevesmühlen einen politisch-kulturellen Frühschoppen mit Musik, Diskussionen und Kinderbetreuung. Dazu haben wir bereits mit Vereinen und Verbänden Verbindung aufgenommen. Auch die anderen Basisorganisationen aus unserem Umkreis sind natürlich herzlich eingeladen mitzumachen.

Die Kranzniederlegung am 8. Mai am Cap Arkona Denkmal und ein Infostand zum Weltfriedenstag

stehen auch auf unseren Programm.

Zu unseren Mitgliederversammlungen, die wir regelmäßig durchführen, laden wir uns die Stadt- und Gemeindevertreter ein oder diskutieren ein aktuelles Thema.

Natürlich profitieren wir davon, dass Simone Oldenburg zu unserer BO gehört. Sie hält uns über die Arbeit der Fraktion auf dem Laufenden und informiert uns über ihre Vorhaben, die wir im Rahmen unserer personellen Möglichkeiten unterstützen.

Außer bei Verteilaktionen und Infoständen sind unsere Genossinnen und Genossen stets bereit durch Spenden die Arbeit der LINKEN zu unterstützen und gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. So spendeten unsere Mitglieder zur Sicherung der Plakatierung im Wahlkampf des vergangenen Jahres 655 EURO.

Der Zusammenhalt in unserer BO ist gut und wir bemühen uns, dass es so bleibt. Wir feiern mit den Frauen am 8. März und alle zusammen am Jahresende.

Was uns fehlt, sind eigentlich nur einige junge Mitstreiter. Doch auch da sind wir optimistisch, dass über die öffentlichen Veranstaltungen Interesse geweckt wird.

Helga Brauer, BO-Vorsitzende

Wenn wir es nicht liefern, machen es die anderen



Gemeinsam mit Vertretern der Stadt Gadebusch (stellv. Bürgermeister Herr Joop), Vertretern der Gadebuscher Wählergemeinschaft (Herr Blankenberg u. Herr Pieper) sowie Mitgliedern des alternativen Jugendvereins KuT Gadebusch gedachten Mitglieder der Gadebuscher Linkspartei den Millionen von Menschen, die wegen ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihren politischen Ansichten, ihrer sexu-

ellen Orientierung oder einer geistigen bzw. körperlichen Behinderung getötet wurden.

Andreas Lausen (LVB i.R.) erinnerte daran, das heute vor 73 Jahren sowjetische Soldaten das Vernichtungslager Auschwitz befreiten. Hier ermordeten die Nationalsozialisten zwischen 1940 und 1945 mehr als eine Million Menschen. Dieser „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialis-

mus“ sollte uns Mahnung sein, dass bei uns niemals wieder Menschenfeinde an die Macht gelangen dürfen. Die Firma J. A. Topf & Söhne, die die Krematorien herstellte und lieferte, am Bau der Gaskammern mitwirkte und verdiente, meldete noch im November 1942 ein Patent auf die industrielle Verbrennung von Menschen an. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden einige hauptverantwortliche Mitarbeiter in der sowjetischen Besatzungszone zur Rechenschaft gezogen. Im Westen wurden Verantwortliche kurz inhaftiert und alle Verfahren 1951 eingestellt. Aber Herr Lausen schlug auch den Bogen in die Gegenwart. Wieder werden deutsche Waffen in kriegerischen Konflikten eingesetzt. Und die Begründungen von heute erinnern fatal an die damaligen. Wenn wir es nicht liefern – machen es die anderen.

Thomas Konieczny

Nachhaltiger Nachtragshaushalt im Kreistag?

Im Kreistag am 22. Februar ist das Hauptthema der Nachtragshaushalt des Kreises Nordwestmecklenburg zum Doppelhaushalt 2017/2018.

staltungsspielraum. Wenn wir auch kritisierten, dass die Landrätin erneut zuerst mit diesem Vorschlag in die Öffent-

beiträge verwendet werden, denn die Versprechen der rot-schwarzen Koalition auf Landesebene, diese um 50 Euro abzusenken sind eine Farce – teilweise sind die Beiträge stattdessen gestiegen. Andererseits könnten kleinere Investitionen in den Kitas, wie Renovierungen, Teilsanierungen, Spielgeräte etc. in den Einrichtungen gefördert werden. Unterem Strich würden so nahezu alle Kinder im Kreis erreicht.

Wie genau die Ausgestaltung einer solchen kreislichen Kita-Förderung aussieht, gilt es im Kreistag zu diskutieren. Ohne Frage, müssen wir dafür Partner in anderen Fraktionen finden, um letztlich die Mehrheit für einen tragfähigen Beschluss im beschriebenen Sinne zu erreichen. Wer wirklich soziale Politik machen will, kann sich diesem Anliegen eigentlich nicht verwehren. Wir wollen, dass dieser Nachtrag nachhaltig wirkt. Schließlich hat Frau Schwesig für 2019 die kostenlose Kita versprochen ... oder doch nur einen Schritt dahin ... irgendwie schwer zu merken diese Versprechen!

Björn Griese



Kostenlose KITA schrittweise! Nur VERSprochen?

Anfang 2017 beim Beschluss dieses Haushaltes wurde vereinbart, eine weitere Absenkung der Kreisumlage zu prüfen, wenn die Finanzsituation des Kreises sich weiter positiv entwickelt – und das hat sie. Von aktuell 42 % kann die Umlage ohne Probleme auf 39,8% abgesenkt werden. Das bedeutet eine Entlastung für die kreisangehörigen Gemeinden und lässt dem Kreis trotzdem ausreichend Ge-

lichkeit ging und so den Kreistag, wie im Vorjahr unter Druck setzte, so ist dies doch ein Schritt in die richtige Richtung im Sinne der Handlungsfähigkeit der Kommunen. Für den Kreis bleibt dennoch in absoluten Zahlen unterm Strich mehr Geld. Dieses möchten wir gerne einsetzen, um kreisweit die Kinder in Kitas und ihre Eltern zu entlasten. Das Geld könnte einerseits für die Absenkung der Eltern-

Landesvariante Hochbrückenersatz wird abgelehnt

Die Fraktion DIE LINKE. unterstützt einhellig die Verwaltung bei der Ablehnung der vom Landesministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung favorisierten Vorzugsvariante für den Ersatzbau der Hochbrücke.

Die vom Land bevorzugte Variante 5.1 (Rostocker Straße) ist aus städtebaulicher und verkehrstechnischer Sicht unzumutbar. Diese Variante des Ersatzneubaus an gleicher Stelle scheidet allein durch die sehr lange Bauzeit bei Vollsperrung der Straße über die gesamte Bauzeit aus.

„Wir brauchen keine Variante, die den Verkehrsfluss behindert und darüber hinaus, die bevorstehende Entwicklung in unserer Stadt, vor allem die Entwicklung unserer Wirtschaft in keiner Weise abbildet.“ (Bürgermeister Beyer in BS-Sitzung am 25.01.2018).

Demzufolge ist es richtig und wichtig die Variante Nr. 4 als Vorzugsvariante (über den Mühlenteich) weiter zu verfolgen.

Die von Bürgern vorgetragenen Besorgnisse nehmen wir durchaus ernst, können aber einen Tunnelbau aus Kostengründen nicht befürworten. Die bei der „Mühlenteich-Variante“ befürchteten besonderen ökologischen Auswirkungen werden im weiteren Verfahren zu berücksichtigen sein. Der von den Bürgern angebotenen „Chance“ für eine Wohnbebauung um den Mühlenteich steht allerdings der Naturschutz fundamental entgegen.

Die Fraktion DIE LINKE. stimmt der Vorlage zum Variantenvergleich einstimmig zu.

Roland Kargel

Welttag der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar 2018

DIE LINKE mit Infostand vor dem Wismarer Jobcenter

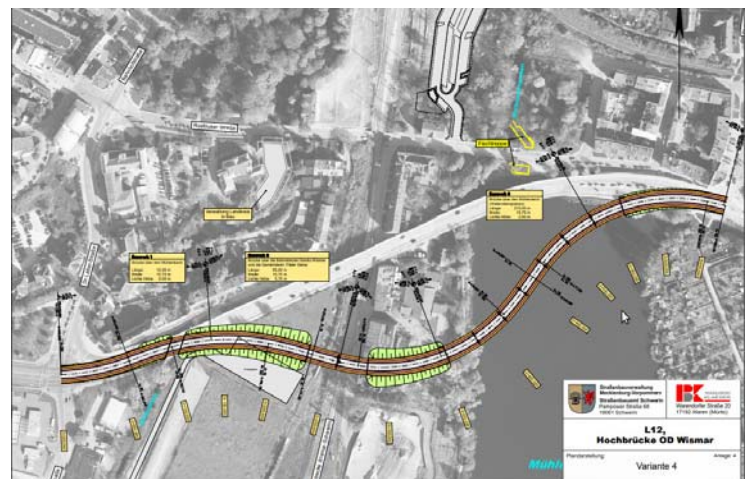


Der Welttag der sozialen Gerechtigkeit wurde von den Vereinten Nationen 2009 eingeführt, um auf die Ungerechtigkeiten in der Welt aufmerksam zu machen.

Am Vormittag des 20. Februar 2018 haben Simone Oldenburg, Vorsitzende der Landtagsfraktion, Horst Krumpen, Kandidat für das Amt des Bürgermeisters in Wis-

mar und weitere Mitglieder der Linken zahlreiche Gespräche mit Besuchern des Jobcenters geführt. Gegen die soziale Kälte boten sie heißen Kaffee und Tee an und überreichten Infomaterial. Viele Bürger reagierten aufgeschlossen, berichteten über ihre Probleme, wie Einsprüche auf Entscheidungen des Jobcenters, oder ihre Schwierigkeiten bei der Arbeitssu-

che. Andere waren sichtlich frustriert, was angesichts ihrer gesellschaftlichen Situation als Arbeitsloser oder Hartz IV-Bezieher nachvollziehbar ist. Die Linke setzt sich für die Abschaffung des Hartz IV-Systems und für eine Mindestsicherung ohne Sanktionen und Kürzungen in Höhe von derzeit 1050 Euro ein.





Europäischen Protesttag zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderung

Liebe Genossinnen und Genossen, alljährlich organisiert der Beirat für Menschen mit Behinderung des Landkreises Nordwestmecklenburg jeweils im Monat Mai den "Europäischen Protesttag zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderung".

Er findet in diesem Jahr am 8. Mai. 2018 von 8:00 - 15:00 Uhr in der Heinrich-Heine-Schule Gadebusch statt.

An diesem Tag hat der Unterricht aller Schüler der Schule einen gänzlich anderen Charakter.

In der Schulsporthalle finden Ballspiele mit Rollstühlen, Fechtwettkämpfe, Rugby, Blinden-Parcours und viele andere Spiele statt. Die Schülerinnen und Schüler schlüpfen dabei in die Rolle behinderter Menschen.

Die Klassenräume dienen der Erprobung der Blindenschrift, moderner Technik zur Unterstützung hörgeschädigter Kinder und Aufmerksamkeitsspielen. Die Vereine und Verbände des Kreises präsentieren mit ihren Ständen ihre Arbeit mit Menschen mit Behinderungen. Ziel dieser Veranstaltung ist das Sensibilisieren der Schüler und Lehrer hin zu mehr Inklusion der Menschen die vorübergehend oder ständig mit einem Handicap leben müssen und ihr Lebensumfeld ohne Diskriminierung gestalten können.

Schirmherrin dieser Veranstaltung ist unsere Landrätin, Frau Kerstin Weiss. Ein Grußwort wird es von der Sozialministerin des Landes M-V geben. Daher mein Aufruf an alle "Wellenbrecher-Leser": Nehmt teil an dieser wichtigen Veranstaltung! Schön wäre es auch, mit einem Stand der Partei "DIE LINKE" präsent zu sein.

Euer Wolfgang Griese
Vorsitzender des Beirates für Menschen mit Behinderung

Es sind doch nur Patrouillenboote...

Von MdL Peter Ritter

Es gab im Ergebnispapier der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene nicht viel, was mich vom Stuhl gehauen hätte. An einer Stelle wurde ich wirklich positiv überrascht!

Im Punkt V unter der Überschrift „Wir wollen ein Europa des Friedens und der globalen Verantwortung“ heißt es:

„Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss im Sinne einer Friedensmacht Europa gestärkt werden. Sie muss dem Prinzip eines Vorrangs des Politischen vor dem Militärischen folgen und auf Friedenssicherung, Entspannung und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein.“

Dieser Satz könnte fast so aus der Feder der Landesarbeitsgemeinschaft „Frieden und Internationale Sicherheit“ stammen.

Man kann es aber auch anders formulieren: Dieser Text passt genau zu unserer Landesverfassung in der es im Artikel 18a Abs. 1 heißt: „Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußerem Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei gelöst werden können.“

Und weil das so ist, war für mich auch folgender Satz, zu finden im Punkt „Rüstungsexporte“ folgerichtig. Er lautete:

„Die Bundesregierung wird ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese am Jemen-Krieg beteiligt sind.“

Die Frage, die sich hier bei mir stellt lautet allerdings: Warum keine Waffen nur in das Kriegsgebiet Jemen, warum nicht ein generelles Waffenexportverbot?

Anderen stellen sich beim Lesen dieses Satzes allerdings andere Fragen.

So befürchtete der CDU-Bundestagsabgeordnete Amthor Schwierigkeiten für den Schiffbaustandort Wolgast. Er sah ihn in seiner Existenz bedroht!

Das verwunderte wiederum mich. Und das in zweifacher Hinsicht:

Hieß es immer, es sind doch nur

Patrouillenboote! Nun plötzlich also doch Rüstungsexport?

Wurde die Tatsache, dass Saudi-Arabien am Krieg gegen den Jemen beteiligt ist, immer vom Tisch gewischt. Nun plötzlich nicht mehr?

Mit Verabschiedung des KOA-Vertrages ist das aber alles Schnee von gestern. Nunmehr gilt ein „Vertrauensschutz“. Wird nachgewiesen, dass die exportierten Rüstungsgüter im Empfängerland

te und U-Boot-Jäger wurden hier für die Volksmarine und für die sowjetische Flotte gebaut. Viele dieser Boote gammeln heute im Ostseeraum vor sich her.

Und genau hier ergibt sich eine Alternative für Wolgast:

Mit dem Know-how der Marine-schiffbauer im Rücken kann, der politische Wille vorausgesetzt, mit Russland ein Konversionsprogramm zum Rückbau ungenutzter Marinetechnik aufgelegt werden.



Ein Journalist hat diese Aufnahmen bei Durchfahrten der Patrouillenboote durch die Wolgaster Peenebrücke gemacht. Die zur Rede stehenden Patrouillenboote sind eindeutig Militär- oder Polizeifahrzeuge. Sie tragen als Kennung eine Seitennummer, welche in der nationalen Liste der Kriegsschiffe geführt wird. Die Schiffe werden militärisch besetzt und sind im Auftrag der Regierung unterwegs. Solche Patrouillenboote können somit als Kriegsschiffe bezeichnet werden. Im Bild erkennt man die Bugwaffe und die abklappbaren Relingstützen auf der gesamten Backbordseite. Die Lafette der Bugwaffe könnte Raketen oder Torpedowaffen tragen, was eine abklappbare Reling erklären könnte.

bleiben, kann exportiert werden. Wozu die Rüstungsgüter eingesetzt werden, interessiert offenbar nicht. Blinde Vertrauen gegenüber einer Diktatur wie Saudi-Arabien!

Wir bleiben daher bei unserer Forderung, Alternativen für die Arbeitsplätze auf der Werft außerhalb von Rüstungsproduktion zu suchen!

Wir wissen, dass der Schiffbaustandort seit 1948 eine lange Tradition im Marineschiffbau hat. Verschiedene Schiffstypen, vornehmlich leichte Torpedoschnellboote, Minensuch- und Räumbo-

Das schafft Arbeit für Jahre, ist ein Beitrag zur Entspannungspolitik und zur Überwindung der Wirtschaftsblockade gegenüber Russland.

Alles Ziele, die auch der Politik der Landesregierung entsprechen.

Oder: An allen anderen Schiffbaustandorten im Land erleben wir zur Zeit zum Glück einen enormen Aufschwung. Pläne und Auftragslage machen schon jetzt deutlich, dass wir ein Kapazitäts- und Fachkräfteproblem zu erwarten haben.

Warum also die Kapazitäten und Fachkräfte in Wolgast umstrittenen Rüstungsprojekten opfern?

Den politischen Willen vorausgesetzt, sind doch Gespräche mit den Werfteignern angezeigt und möglich, Kooperationsformen zwischen den Werften zu finden.

Doch dieser politische Wille fehlt den Grokonären in Berlin und Schwerin! „Vertrauensschutz“ statt Alternativen zur Rüstungsproduktion.



Den ländlichen Raum lebenswert und zukunftssicher gestalten



Darum geht es der neuen Linksfraktion im Bundestag mit ihrem Beschluss, die Entwicklung des ländlichen Raumes zu einem zentralen politischen Anliegen der gerade begonnenen 19. Wahlperiode zu machen.

Genau das Machen macht es, nicht

das Warten bis sich vielleicht irgendwann eine neue Bundesregierung zusammengerauft und ihre Zuständigkeiten sortiert hat.

Das ist jedenfalls die Haltung von **Heidrun Bluhm**, der neuen Fraktionssprecherin im Bundestag für Fragen des ländlichen Raumes.

Für eine geborene und gelernte Mecklenburgerin eine maßgeschneiderte Aufgabe aber auch eine gewaltige Herausforderung. Denn gerade Mecklenburg-Vorpommern ist bis auf die Hansestadt Rostock komplett ländlicher Raum. Die Probleme in den kleinen Städten ebenso, wie in den Dörfern sind allgegenwärtig, drängend und bei weitem nicht allein durch parlamentarische Aktionen in Berlin zu lösen. Nicht ständig nur Probleme zu benennen- das ist oft genug passiert- sondern Potenziale zu erschließen, die überall in den Dörfern und Städten vorhanden sind, ist die Aufgabe, die Heidrun Bluhm und ihre Mitarbeiter auf die Agenda für die nächsten Jahre gesetzt haben. Deshalb gibt es seit November 2017 den Stützpunkt in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Wismar, wo **Dr. Joachim Kadler**, der seit nunmehr acht Jahren wissenschaftlicher Mitarbeiter von Heidrun

Bluhm ist und zuvor freiberuflich mit Projektentwicklungen befasst war, die Arbeit aufgenommen hat.

Von hier aus sollen Projekte im ländlichen Raum, vor allem deren MacherInnen, durch Kontaktaufbau, Koordination, Organisation von Beratung und wo möglich Förderung unterstützt werden. Erste Projekte sind bereits aufgenommen aber natürlich ist das Team um Heidrun Bluhm für weitere Anregungen, Unterstützungsangebote und Fragen offen.

Kontakt:



Dr. Joachim Kadler

Lübsche Straße 70, 23966 Wismar

Tel.: 03841 257 70 60,

dr.kadler.projekte@t-online.de

Der Kreisparteitag wählte Delegierte zum Bundesparteitag



Der Kreisparteitag fand am 24. Februar im TGZ Wismar statt. Die 47 teilnehmenden Genossinnen und Genossen wählten Simone Oldenburg und Horst Krumpen als Delegierte sowie Sabine Wolny und Roland Kargel als Ersatzdelegierte zum 6. Bundesparteitag.

Zuvor äußerte sich Horst Krumpen in seinem Redebeitrag kritisch über einige Personalentscheidungen des Landesvorstandes insbesondere was die Vergütung des Vorstandes und Auswahl des Landesgeschäftsführers betraf.

Danach erläuterte er den Anwesenden sein Programm für den Wahlkampf um das Bürgermeisteramt.

Simone Oldenburg begründete besonders an den vielen Missständen im Bereich Bildung, dass ihre Fraktion Mängel in der Regierungsarbeit schonungslos aufdeckt und konkrete Lösungen anbietet.

Seit Jahren fordert die Linksfraktion die Angleichung der Gehälter von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern an die Gehälter ihrer Kollegen an den weiterführenden Schulen. Es muss Schluss sein mit dem Grundsatz, dass die Größe der unterrichteten Kinder über die Höhe des Gehalts entscheidet. Höchste Zeit, dass die Bildungspolitiker der Koalitionsfraktionen offenbar auch erkannt haben, dass hier dringender Hand-

lungsbedarf besteht. Andere Bundesländer haben diesen Schritt bereits vollzogen und die Gehälter der Lehrkräfte angeglichen. Wenn



die Landesregierung hier nicht endlich handelt, wird M-V im Rennen um die Grundschullehrerinnen und -lehrer unweigerlich zurückfallen.

Der Unterrichtsausfall muss reduziert werden. Wir fordern seit langem ein Vertretungsbudget von einer Wochenstunde je Lehrkraft. Damit haben Schulen Freiräume, den ausfallenden Unterricht unkompliziert zu vertreten – das steigert auch die Attraktivität des Berufs.

Wir wollen und werden uns nicht damit abfinden, dass die Chancen etwa auf gute Bildung und Ausbildung, auf Teilhabe und Anerkennung in der Gesellschaft immer weiter auseinanderdriften. Wer es sich nicht leisten kann, ist weniger mobil, wohnt schlechter oder findet erst gar keine Wohnung. Arme Menschen können Kultur nicht genießen und werden im schlimmsten Fall einsam und ausgegrenzt.

Es kann nicht sein, dass die Landesregierung inzwischen mehr als 2 Mrd. Euro in nicht definierte Rücklagen bunkert, statt sie sinnvoll in die Entwicklung des Landes einzusetzen.

Die seltsame Art der Erneuerung

Die SPD und ihr 100%-Vorsitzender im Kampf um die Regierungsbeteiligung

Als der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD mit viel Kraft und Krampf, mehr schlecht als recht zusammengepfriemelt war (nach dem Motto: 'Wer kann am längsten - ohne Schlaf'), fühlte ich mich wie nach einem schlechten, erheblichen Verwirrungen stiftenden Film.

Was war nicht alles passiert.

Am Wahlabend eine klare und kämpferische An- und Aussage: „Wir stehen nicht für eine Koalition zur Verfügung“. „O H A“ dachte ich, so klar und deutlich hat sich die SPD selten geäußert. Der nächste Schlag: „Ich werde keinem Kabinett Merkel angehören“. „Schau an“ dachte ich, „Schulz kann auch Konsequenz. Warum nur hat er es im Wahlkampf nicht gezeigt?“ Jetzt geht's wohl richtig los mit der Erneuerung in der Partei. Doch während der ‚Jamaika-Verhandlungen‘ war's recht still um die SPD. Der Aufbruch zur inneren Erneuerung kam nicht recht voran. So eilig hatten es die Genossen der SPD ja wohl dann doch nicht.

Als nach einer über 24-stündigen Verhandlung schließlich die Siegesmeldung vom total übermüdeten Martin Schulz zu einem, seiner Auffassung nach, hervorragend-einzigartigen Koalitionsvertrag verkündet wurde, der überwiegend die SPD-Handschrift trägt, da wurde ich doch neugierig. (Auch weil die CSU sich vor Freude über die Verhandlungsergebnisse kaum noch auf den Beinen halten konnte und die CDU stolz auf die Verhinderung von sozialen Maßnahmen war.)

Schnell stellte sich über die Medien heraus, dass Schwerpunkte die zum 2. oder 3. mal in früheren Koalitionsverträgen vereinbart und nie realisiert wurden, erneut als Erfolg verkauft werden sollen. Auch die Ergebnisse zu den mit großem Getöse von Martin verkündeten Parteitagversprechen stellten eher kleine oder sehr sehr kleine Brötchen dar. Das alles war Grund genug mir den Vertragsentwurf mal selbst anzuschauen.

Als Erstes stellte ich fest, dass die 14 Themenschwerpunkte des Vertrages verdächtige Ähnlichkeit mit den 14 Bundesministerien haben. Beim Lesen in einzelnen Bereichen wurden dann auch die brillanten Ergebnisse bisherige GRO-

KO-Arbeit dargestellt und darauf aufbauend eine Fortschreibung formuliert. Daraus erklärt sich die Kleinteiligkeit und überwiegende Unverbindlichkeit des Vertragstextes. Mit der überbordenden Politprosa, den wenigen konkreten Festlegungen, soll Inhalt wohl durch Masse übertüncht werden. Ich kann mich des Verdachtes nicht erwehren, dass mit den 177 Seiten feinsten wohlklingender Formulierungen, die offensichtlich alle von den jeweiligen bisherigen Ministerien erarbeitet wurden, die Mitglieder der Parteien, insbesondere die der SPD, davon abgehalten werden sollen, sich selbst ein Bild vom Vertrag zu machen.

In den ersten Reden der SPD Funktionäre wurden einzelne Beispiele für die hervorragende Qualität des Koalitionsvertrages genannt, die bei genauerem Hinsehen gar nicht mehr so mächtig erscheinen.

So z.B. wird immer wieder die Kindergelderhöhung um 25 € im Monat genannt. Nicht erwähnt wird, dass im Vertrag die Erhöhung in 2 Schritten, 1. Juli 2019 um 10 € und 1. Januar (Wahljahr Bundestag) 2021 um 15 € beschrieben ist. Es wird der Eindruck erweckt, dass diese Maßnahme zeitnah greifen wird.

Als weiterer Verhandlungserfolg wird die Veränderung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen dargestellt. Bei genauerem Lesen ist die befristete

neute befristete Anstellung jedoch wieder möglich.

Mir scheint, dass hier das Tor für Befristungen weiter offen gehalten werden soll. Die Regelung ist nur eine Minimaländerung, die den Interessen der Arbeitgeber in vollem Umfang entspricht und den Arbeitnehmern so gut wie nichts nützt.

Neu ist, dass im Arbeitszeitgesetz eine Öffnungsklausel eingearbeitet werden soll, die die bisher bestehende 8 Stunden täglicher Arbeitszeit bei einer 5 Tage Arbeitswoche (40 Stunden Arbeitswoche) aufweichen soll. Es soll tarifgebundenen Betrieben künftig gestattet sein, die bisher bestehende Wochenarbeitszeit per Betriebsvereinbarung dauerhaft zu „flexibilisieren“. Da keine Obergrenze der täglichen Arbeitszeit benannt wird, ist eine dramatische Erweiterung der bisher bestehenden, von den Arbeitgeberverbänden lange geforderten Ausweitung der Arbeitszeit, deutlich über 40 Stunden je Woche, zu erwarten. Die 40 Stundenarbeitswoche als Rechtsstandard ist somit zur Disposition gestellt. Man kommt sich fast in Zeiten des Frühkapitalismus zurückversetzt vor, als, wie von Karl Marx im Band 1 des Kapital beschrieben, die Unternehmer in England gegen die gesetzliche tägliche Arbeitszeitbeschränkung Sturm liefen und mit vielen Tricks zu unterlaufen suchten.

Dazu habe ich leider keinen SPD-



Einstellung nur dann nicht zulässig, wenn bereits 5 oder mehr Jahre bei einem Arbeitgeber ein unbefristeter oder ein- bzw. mehrere befristete Arbeitsverträge bestanden haben. Nach einer Karenzzeit von 3 Jahren ist eine er-

Funktionäre, wie z.B. Frau Nahles gehört. Irgendwie komisch. Sicherlich kann man bei genauem Studium des Vertrages weitere Stellen finden, die sich gut anhören aber schlechte Auswirkungen haben.

Man kann ja fast vermuten, dass die Personalquerelen in der SPD zur Verschleierung von Fallstricken im Koalitionsvertrag dienen sollten. Martin Schulz, mit seiner Erklärung nach Beendigung der Koalitionsverhandlungen zur Niederlegung des Parteivorsitzes und der Übernahme von Regierungsverantwortung unter Frau Merkel als Außenminister, muss doch gewusst haben, dass er der „Erneuerung der SPD“ einen mächtigen Schub verpasst und somit den Koalitionsvertrag ein wenig aus den Fokus öffentlichen Interesses katapultiert. Eins hat er bewirkt, die Orts- und Landesverbände sind aufgewacht ... die Basis rebelliert.

Bleibt nur zu wünschen, dass sich beim Mitgliederentscheid der SPD die Weisheit des Kollektivs bei der Abstimmung zum Koalitionsvertrag, durchsetzt.

Als Resümee der vergangenen Wochen und Monate bleibt die Erkenntnis, dass es dramatische Auswirkungen haben kann, wenn der Parteivorstand losgelöst von der Basis Ziele verfolgt, die nicht mehr mit der Masse seiner Mitglieder übereinstimmen.

Diese Ereignisse sollten auch Anlass sein die Arbeit in unserer Partei zu überdenken und zu hinterfragen, warum es nicht gelingt die aktuelle Schwäche in den anderen Parteien für uns zu nutzen. Ich meine, dass auch in unserer Partei eine Diskussion zur Verbesserung der innerparteilichen Demokratie, zur Erhöhung der Ausstrahlung unserer Partei in die Bevölkerung, auch durch eine aktualisierte Programmdiskussion (was wollen wir, wo wollen wir hin und welche Wege wollen wir beschreiten), erforderlich ist. Als ersten Schritt sollte sich jedoch unser Parteivorstand mit dem Fraktionsvorstand zusammensetzen und die Hemmnisse einer fruchtbaren und zielführenden Arbeit beseitigen. Wir brauchen keine Schlagzeilen in den Medien über persönliche Befindlichkeiten und gegenseitigen Unterstellungen unserer Führungskräfte. Wir brauchen Schlagzeilen zu den Zielen unseren Aktivitäten im parlamentarischen und erst Recht im außerparlamentarischen Bereich. Nur so können wir die Menschen erreichen, und sie zum Mittun anregen.

U.B.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Zur Arbeit des Freundeskreises der RLS

Die Mitglieder des Freundeskreises haben im November und Januar über die Fortführung der politischen Bildungsarbeit im Kreisverband beraten. Sie wollen im Vermächtnis ihres im Herbst verstorbenen langjährigen Sprechers Lutz Tannhäuser auch weiterhin vielfältige Veranstaltungen in Wismar und im Landkreis organisieren.

Dazu hat sich der Freundeskreis personell neu aufgestellt. Mit Petra Krawaters, Klaus Schiffer und Uwe Kurzbein haben sich weitere Mitstreiter angeschlossen. Als Sprecher fungiert Duncan O Ceallaigh, der bisher die Plakate gestaltet hat, die Pressearbeit übernimmt Petra Krawaters und der Geschäftsführer der Stiftung in M-VP, Dr. Michael Herms, wird die Auswahl der Referenten unterstützen.

Im Freundeskreis wurden viele Ideen für die Programmgestaltung 2018 beraten und erste Veranstaltungen konkret vorbereitet.

So wird am 28.02.2018 um 19 Uhr im Treffpunkt Lindengarten ein Vortrag mit dem Thema „Bitcoin – Ende der Staatswährungen oder Blase des Monats?“ mit dem Medienpädagogen Mattes Sarcander aus Rostock stattfinden. Dieser Abend soll grundlegendes Ver-



Die Mitglieder des Freundeskreises: Uwe Kurzbein, Michael Herms, Gabi Sauerbier, Duncan O Ceallaigh, Petra Krawaters, Klaus Schiffer, Detlef Bojahr. Es fehlen: Marion Wienecke und Peter Vorbau

ständnis über das Phänomen Bitcoin vermitteln und die Entwicklung gesellschaftspolitisch einordnen.

Aus Anlass des 200. Geburtstages von Karl Marx laden wir am Mittwoch, den 28.03.2018 um 19 Uhr im Treffpunkt Lindengarten ein, zum Vortrag „Marx als Chefredakteur der Neuen Rheinischen Zeitung. Entdeckungen – Legenden – Wirkungen“. Als Referenten konnten wir den Marx-Forscher Dr. Francois Melis gewinnen.

Das brandaktuelle Thema „Israel und Palästina – Zwei Staaten für zwei Völker?“ mit Dr. Angelika Timm wollen wir am 18.04. um 19

Uhr im Technologie-Zentrum behandeln. Angelika Timm hat mehrere Jahre das RLS-Büro in Israel geleitet und ist eine exzellente Kennerin der Lage in der Region.

Im Juni haben wir gemeinsam mit der Stadtbibliothek eine Lesung aus dem Buch „Buenas Kuba. Eine Reise durch ein Land im Umbruch“ mit dem bekannten Autor Landolf Scherzer geplant.

Wir freuen uns für alle Veranstaltungen auf eine rege Teilnahme und interessante Diskussionen.

Beitrag von Peter Vorbau

Rainer Raeschke verabschiedet

Am Donnerstag, den 14. Dezember 2017 trafen sich zahlreiche Mitglieder des Kreisverbandes in der Wismarer Geschäftsstelle und verabschiedeten Rainer Raeschke in den wohlverdienten Ruhestand. Rainer hat als Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Dietmar Bartsch über viele Jahre politische Arbeit im Kreisverband geleistet. Die anwesenden Mitglieder be-

dankten sich für seine freundliche und kameradschaftliche Art Probleme anzupacken und zu lösen. Mithilfe beim Infostand gegen TTIP in Wendorf war für Rainer kein Problem, trotz Frost war er mit dem Auto und allem Material dabei. Besonders möchte ich die zahlreichen Besucherreisen zum Bundestag nach Berlin hervorheben, die Rainer im Auftrag von

Dietmar Bartsch organisiert hat. Hunderte Schüler der Gymnasien der Kreise Nordwestmecklenburg und Ludwigsust Parchim, Mitglieder der Volkssolidarität, sowie viele unserer Mitglieder und Sympathisanten haben die Besuche im Bundestag genutzt und sich über die parlamentarische Arbeit und aktuelle linke Politik informiert. Unvergessen wird für mich die Ausstellung „Topographie des Terrors“ sein. Besonders entsetzt haben mich vor allem die millionenfachen Verbrechen der SS und der Wehrmacht gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete, besonders in Weißrussland. Rainer wird sich auch nach seiner Verabschiedung nicht zur Ruhe setzen, so ist er z. B. langjährig im Vorstand der Linken von Ludwigslust-Parchim und als Kassenwart im Lübzer Sportverein aktiv. Wir wünschen ihm einen erfüllten Ruhestand und mehr Zeit für die Familie.

Peter Vorbau

Ostermarsch 2018 am 31. März 2018 in Wismar



Treffpunkt 11 Uhr Parkplatz Weidendamm

Auch in diesem Jahr ruft die Wismarer Friedensinitiative die Bürger der Hansestadt und des Landkreises auf, beim Ostermarsch für ein friedliches Zusammenleben der Völker, gegen Kriege und Waffenexporte Gesicht zu zeigen. Laut Michael Deppe, als Anmeldender der Veranstaltung, treffen sich die Teilnehmer am Ostersonnabend, dem 31. März 2018 um 11 Uhr auf dem Parkplatz Weidendamm, um dann in einem bunten Zug mit Plakaten, Transparenten und Fahnen durch die Straßen der Innenstadt zu demonstrieren. Auf dem Markt findet um 12 Uhr die Abschlusskundgebung statt.

Der Protest richtet sich auch gegen die im neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vorgesehenen Waffenexporte, die Weiterführung der Auslandseinsätze der Bundeswehr und die geplante militärische Aufrüstung der EU. Die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbots findet im Koalitionsvertrag keine Erwähnung. Eine verantwortungsvolle Politik, die auf nachhaltigen Frieden und globale Gerechtigkeit ausgerichtet ist, sieht anders aus.

Der Einsatz von aus Deutschland gelieferten Leopard Panzern bei dem Angriff der Türkei auf die Kurden in der syrischen Region Afrin ist ein Skandal. Die Wismarer Friedensinitiative fordert, dass die Bundesregierung diesen völkerrechtswidrigen Überfall verurteilt und dass die Angriffe unverzüglich eingestellt werden.

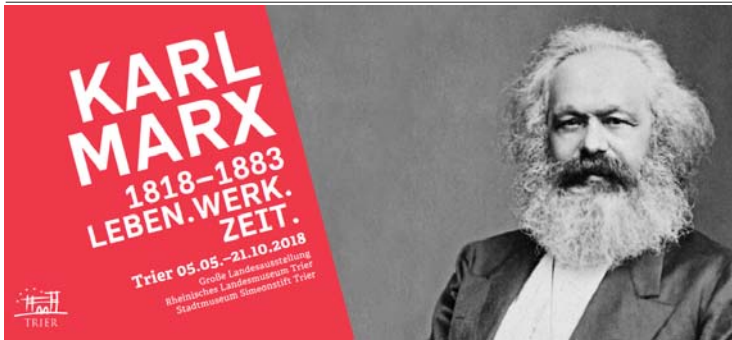
Protest ist notwendig!

Wir rufen die Mitglieder der Linken und alle Bürger zur Teilnahme am Ostermarsch auf.

Peter Vorbau



Rainer Raeschke (3. v.l.) bei einem Besuch des Bundestages am 1. Juli 2006 gemeinsam mit Peter Vorbau, Brigitte Bojahr und Horst Lutz



Von Karl-Heinz Bethke

In Trier, der Geburtsstadt von Karl Marx, laufen die Vorbereitungen für dieses Jubiläum auf Hochtouren. Eine imposante Ausstellung vom 05.05. bis 21.10.2018 unter dem Motto „Karl Marx 1818 – 1883- Leben, Werk und Zeit“ mit mehr als 500 Exponaten aus 10 Ländern und 300 Veranstaltungen (schon ab März) sind im Rheinischen Landesmuseum in Vorbereitung. Sogar der Bundespräsident übernahm die Schirmherrschaft. Das Wirken von Karl Marx wird in seiner Zeit, im 19. Jahrhundert gezeigt. Im Stadtmuseum stehen die Jugend, Flucht, Exil und Freunde, vor allem die Freundschaft mit Friedrich Engels im Mittelpunkt. Ca. 250 verschiedene Ausgaben des Kommunistischen Manifestes aus den 170 Jahren seit der Erstveröffentlichung sind zu sehen.



Das Karl Marx Haus (Foto) wird saniert, die Ausstellung dort überarbeitet. Die Volksrepublik China übergibt dann ihr Geschenk, eine Marx Bronzeskulptur, erschaffen vom Künstler Wu Weishan. Mit Sockel erreicht das Denkmal die imposante Höhe von 5,50 m. Die Aufstellung erfolgt in Sichtweite des Wohnhauses der Familie Marx in der Simeonstr. Natürlich kann man in Trier dann auch Karl Marx Wein, Karl Marx Geschenkboxen und viele andere Andenken erwerben. Das gehört heute ein-

fach dazu. Anmeldungen für Veranstaltungen und Führungen sind schon möglich. Auch ich sah mich schon mal nach Hotels im Internet um. Die Kulturstadt Trier freut sich auf den Touristenboom. Besucher aus China gelten als eine der wichtigsten Zielgruppen für einen Besuch im Karl Marx Jahr 2018.

Für alle steht die Frage: Ist Karl Marx mit seiner Gesellschaftsanalyse des Kapitalismus im 19. Jahrhundert noch aktuell? Seit der Finanzkrise 2008 wird diese Frage bedeutend mehr gestellt. Man liest verstärkt Zitate aus seinen wichtigsten Werken. Dazu gehören „Das Kapital“ (1867), „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (1859) und das „Kommunistische Manifest“ (1848). Für mich ist die von Marx aufgeworfene soziale Frage in unserer globalisierten Welt bedeutender denn je. Die von Marx beschriebene Kapitalismusanalyse, trägt dazu bei, das System überhaupt zu verstehen. Aber auch Marx überarbeitete sein „Kapital“ mehrfach. Den 2. und 3. Band überarbeitete und beendete erst Friedrich Engels. Ein Hinweis, dass es keine einfachen Lösungsansätze zur Überwindung des kapitalistischen Systems gibt. Um Armut in diesem Land abzuschaffen reicht es nicht aus, z.B. über die Einführung eines Grundeinkommens eine Umverteilung vorzunehmen.

Marx analysierte die kapitalistische Produktionsweise und bewies anhand geschichtlicher Fakten, dass es keine Naturgegebenheit war. Er legte dar, dass die bisherigen Gesellschaftsordnungen historisch entstanden und historisch begrenzt sind. Er propagierte aber keinen automatischen Ablauf der Geschichte. Die Erläuterungen zur Entstehung des Mehrwertes und die damit verbundene Charakterisierung der Ausbeutung zeigten auch sein Gerechtigkeitsideal. In einer Reihe von kleineren Schriften setzte er sich mit dem Elend der lohnabhängigen Bevölkerung



Alles Gute zum Geburtstag

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Januar und Februar sowie im März 2018 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an Bruno Kerbstadt zum 94. Geburtstag. Zum 91. Geburtstag gratulieren wir Ernst Hahn und Heinrich Lenke. Zum 90. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Gerhard Gorzitza und zum 89. übermitteln wir herzliche Glückwünsche an Manfred Fischer. Zum 85. Geburtstag erhalten Anita Horn und Horst Bachmann die herzlichsten Glückwünsche. Auf 84 Lebensjahre blickt Peter Luckmann zurück und zum 83. gratulieren wir Charlotte Bibow und Arno Spudat. Alle guten Wünsche zum 82. Geburtstag gehen an Erika Prochnow und Wera Schild. Zum 81. Wiegenfest gratulieren wir Lieselotte Hamann und Gisela Lange sowie Günter

Kauert. Die herzlichsten Glückwünsche zum 80. Geburtstag übermitteln wir Luise Krüger, Ursula Rose und Barbara Schiperski sowie Günther Bruns, Heinz Benthin und Manfred Liek. Herzliche Glückwünsche zum 77. Geburtstag erhält Horst Neumann und zum 75. Wiegenfest erhält Martin Saß herzliche Glückwünsche. Zum 70. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Heidrun Teichmann und Sigrid Niemann. Zum 65. Geburtstag übermitteln wir ganz herzliche Glückwünsche an Birgit Kaluza sowie an Reinhard Sieg, Uwe Paeper, Michael Steigmann, Michael Gericke und Wolfgang Schultheiß. Evelin Kopper und Genosse Carlo Reinhardt erhalten herzliche Glückwünsche zum 60. Geburtstag und zum 50. Wiegenfest übermitteln wir die besten Wünsche an Benjamin Nolze.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteilarbeit.

Alle Revolutionen haben bisher nur eines bewiesen, nämlich, dass sich vieles ändern lässt, bloß nicht die Menschen.

Karl Marx

auseinander. Vor allem sehe ich in seiner Interpretation der Ware Geld Beziehung wichtige Bezüge zur heutigen Zeit. Der abstrakte Tauschwert der Ware verselbständigt sich gegenüber dem Gebrauchswert der Ware. Marx sprach vom Fetischcharakter der Ware. Der durch Arbeit geschaffene Wert, den jede Ware beinhaltet, ist im Geld letztlich unsichtbar. Das Geld hat sich völlig verselbständigt. Und schon sind wir wieder bei der letzten Finanzkrise und ahnen schon, die nächste kommt bald.

der WELLENBRECHER

Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Lübsche Str. 70, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Karl-Heinz Bethke, Uwe Boldt, Helga Brauer, Wolfgang Griese, Peter Vorbau und Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 26.04.2018

